

**Aktuelle Finanzsituation der Stadt;
Quartalsbericht
Bericht 3. Quartal 2015**

1 Anlage

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04296

Bekanntgabe im Finanzausschusses vom 17.11.2015 (VB)
Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis

I.	Vortrag des Referenten	2
1.	Gesamtüberblick	2
2.	Laufende Verwaltungstätigkeit	3
2.1	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3
2.2	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	8
2.3	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	13
3.	Investitions- und Finanzierungstätigkeit	14
3.1	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	14
3.2	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	16
3.3	Finanzierungstätigkeit und Finanzmittelbestand	18
4.	Übersicht Haushaltsausweitungen	19
5.	Entwicklung des Kassenstandes und der Finanzreserven	21
5.1	Übersicht Kassenstand	21
5.2	Übersicht Finanzreserven	22
6.	Entwicklung des Schuldenstandes	23
II.	Bekanntgegeben	24

I. Vortrag des Referenten

Bereits zum dritten Mal in diesem Jahr legt die Stadtkämmerei einen Bericht zur aktuellen Finanzsituation der Landeshauptstadt München vor.

Er gibt zeitnah Auskunft über die Entwicklungen der Ein- und Auszahlungen im Gesamtfinanzhaushalt in den vergangenen neuen Monaten des Jahres 2015. Größere Abweichungen zum Referenzwert (75%) und zum Vorjahr werden erläutert, bei wichtigen Einzelpositionen wird zudem der Verlauf im Vorjahresvergleich dargestellt. Ebenso wird auf wichtige Ansatzänderungen hingewiesen, die die Stadtkämmerei im Entwurf des 1. Nachtragshaushalts vorschlägt (**die angegebenen Planwerte sind der Stand des derzeit gültigen Haushaltsplanentwurfes**).

Bestimmte Ein- und Auszahlungen (z.B. Hauptsteuern, damit zusammenhängende Umlagen, Leistungsbeziehungen zu den Stadtwerken München GmbH) fallen nicht in jedem Monat an bzw. unterliegen abweichenden Regelungen. Sie weisen deshalb unter Umständen noch kein Ist, einen verhältnismäßig geringen Mittelab- oder -zufluss auf oder sie fallen nur am Jahresanfang bzw. Jahresende an. Eine **lineare Hochrechnung des Ist-Standes auf das Gesamtjahr** ist daher bei vielen einzelnen Positionen, aber auch beim Gesamtergebnis, **nicht sinnvoll**.

1. Gesamtüberblick

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit betragen 4.413,3 Mio. Euro und liegen mit 78% (Vorjahr: 76%) etwas über dem linear zu erwartenden Referenzwert von 75%. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Einzahlungen um 155,0 Mio. Euro gestiegen.

Mit 3.871,6 Mio Euro bzw. 74% liegen die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nur einen Prozentpunkt unter dem Referenzwert (Vorjahr: 72%). Im Vergleich zum Vorjahr sind die Auszahlungen um 475,3 Mio. Euro gestiegen.

Die investiven Einzahlungen liegen bei 57%, die investiven Auszahlungen bei 74%.

Eine tabellarische Gesamtübersicht über den Stand zum 30.09. ist als **Anlage 1** beigefügt.

2. Laufende Verwaltungstätigkeit

2.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

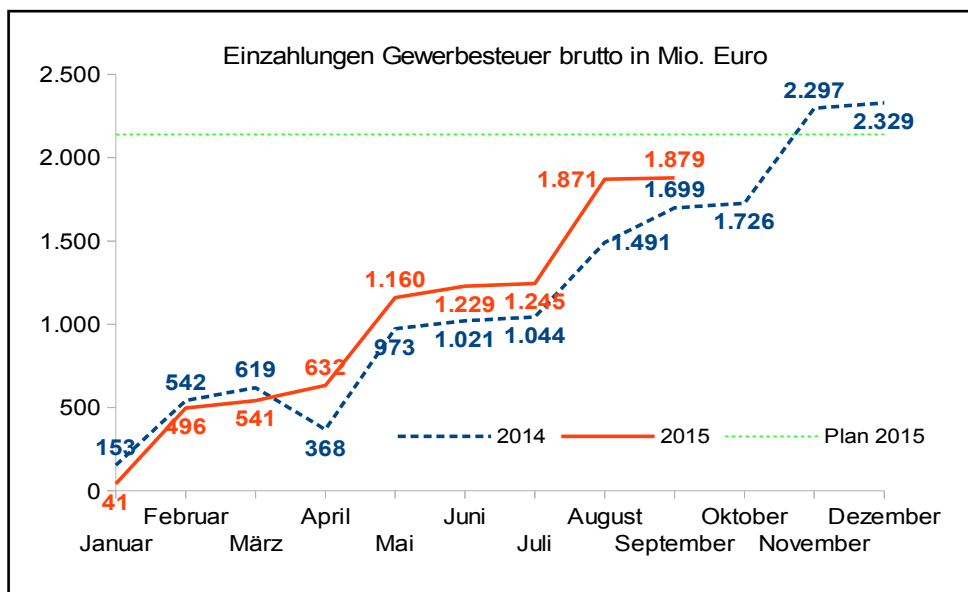
Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit bewegen sich mit 4.413,3 Mio. Euro drei Prozentpunkte über den zu erwartenden Referenzwert von 75%. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Einzahlungen um 155,0 Mio. Euro gestiegen (2014: 4.258,3 Mio. Euro). Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

Ein- und Auszahlungsarten		Plan	Ist 30.09.2015	%	Ist 30.09.2014
1	Steuern und ähnliche Abgaben	3.606.100.000	2.744.305.089	76%	2.503.239.475
	Realsteuern, davon	2.458.300.000	2.131.104.495	87%	1.952.505.647
	- Grundsteuern A und B	318.300.000	251.686.549	79%	253.255.564
	- Gewerbesteuer	2.140.000.000	1.879.417.946	88%	1.699.250.083
	Gemeindeanteil an Gemeinschaftssteuern, davon	1.140.000.000	606.083.596	53%	542.568.583
	- Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	990.000.000	522.081.172	53%	471.013.108
	- Gemeindeanteile an der Umsatzsteuer	150.000.000	84.002.424	56%	71.555.475
	Andere Steuern (derzeit nicht belegt)	7.800.000	7.116.998	91%	8.165.245
	Leistungen des Landes aus Umsetzung Hartz IV	0	0		0

Die **Einzahlungen aus Steuern und ähnliche Abgaben** sind im Vergleich zum Vorjahr um 241,1 Mio. Euro angestiegen (2014: 2.503,2 Mio. Euro, 2015: 2.744,3 Mio. Euro). Der Referenzwert wird mit 76% einen Prozentpunkt überschritten.

Mit 1.879,4 Mio. Euro erreicht die Gewerbesteuer bereits 88% des Planansatzes (2014: 1.699,3 Mio. Euro). Auf Grund der positiven Entwicklung schlägt die Stadtkämmerei im Entwurf des 1. Nachtragshaushalt eine Erhöhung des Ansatzes um 300 Mio. Euro vor.

Im Vergleich zum Vorjahr stellt sich die Gewerbesteuerentwicklung wie folgt dar:



Im ersten Quartal 2015 wurden gegenüber dem Vergleichszeitraum 2014 78,4 Mio. Euro weniger an Gewerbesteuern vereinnahmt, da im vergangenen Jahr höhere Nachzahlungen für Vorjahre zu verzeichnen waren.

Im zweiten Quartal 2015 haben sich die laufenden Vorauszahlungen mit Fälligkeit im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 200 Mio. Euro erhöht. Dementsprechend betrugen die Gewerbesteuereinzahlungen zum 30.06.2015 1.228,7 Mio. Euro und stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 207,9 Mio. Euro.

Die positive Tendenz der ersten beiden Quartale 2015 setzte sich auch im dritten Quartal fort. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die laufenden Vorauszahlungen mit Fälligkeit im Jahr 2015 um 227,2 Mio. Euro erhöht. Auch die Einzahlungen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 180,2 Mio. Euro an und betrugen zum Stichtag 30.09. 1.879,4 Mio. Euro.

Dagegen bleiben der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (522,1 Mio. Euro) und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (84,0 Mio. Euro) mit 53% bzw. 56% nach wie vor deutlich hinter dem Vergleichswert zurück. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Einzahlungen um 51,1 Mio. Euro bzw. 12,4 Mio. Euro an.

Trotz der unter dem Plan liegenden Einzahlungen, was jedoch den eingangs erwähnten besonderen Abrechnungsverfahren geschuldet ist und der Vorjahresentwicklung dieser Positionen entspricht, schlägt die Stadtkämmerei im 1. Nachtragshaushalt eine Ansatzserhöhung um insgesamt 80 Mio. Euro vor.

Sowohl die Grundsteuer als auch die „Anderen Steuern“ (Hunde- und Zweitwohnungssteuer) liegen mit 79% bzw. 91% bereits über dem Referenzwert. Dies entspricht jedoch dem Vorjahresverlauf. Daher ist hier keine Ansatzserhöhung vorgesehen.

Ein- und Auszahlungsarten		Plan	Ist 30.09.2015	%	Ist 30.09.2014
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	722.008.779	561.697.004	78%	601.203.089
	Schlüsselzuweisungen	0	0		70.763.562
	Bedarfszuweisungen	0	0		0
	Sonstige allgemeine Zuweisungen	280.300.000	191.477.617	68%	191.868.016
	Allgemeine Umlagen	0	0		0
	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	441.701.510	370.217.676	84%	338.567.163
	Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen	0	0		0
	Schuldendiensthilfen	7.269	1.711	24%	4.348

Die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** liegen mit 78% drei Prozentpunkte über dem linear zu erwartenden Referenzwert. Gegenüber dem Vorjahr sind diese um 39,5 Mio. Euro gesunken (2014: 601,2 Mio. Euro, 2015: 561,7 Mio. Euro).

Auf Grund der guten Steuerkraft der Landeshauptstadt München sind für 2015 keine Schlüsselzuweisungen geplant (2014 insgesamt 94,4 Mio., Iststand zum 30.06.2014: 70,8 Mio. Euro).

Die Sonstigen allgemeinen Zuweisungen erreichen erst 68% des Planansatzes, bewegen sich aber auf Vorjahresniveau (2014: 191,9 Mio. Euro, 2015: 191,5 Mio. Euro).

Bei den Einzahlungen für den Familienleistungsausgleich wurden bisher nur 46% des Ansatzes vereinnahmt. Dies entspricht grundsätzlich dem Abrechnungsverfahren. Trotzdem wird hier eine Ansatzreduzierung von 5 Mio. Euro vorgeschlagen.

Die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke liegen mit 370,2 Mio. Euro bzw. 84% derzeit deutlich über dem Referenzwert. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Einzahlungen um 31,7 Mio. Euro höher. Im Wesentlichen ist dies durch den Anstieg der Zuschüsse vom Land im Bereich der Kindertageseinrichtungen (Ist 2014: 138,7 Mio. Euro; Ist 2015: 161,7 Mio. Euro) und im Bereich der Schulen (z. B. Realschulen: Ist 2014: 16,2 Mio. Euro; Ist 2015: 21,0 Mio. Euro) begründet. Im Bereich der Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke schlägt die Stadtkämmerei eine Ansatzerhöhung von 97,5 Mio. Euro vor. Davon entfallen allein 79,3 Mio. Euro auf die Zuschüsse vom Land für die Kindertagesbetreuung. Den höheren Einzahlungen stehen höhere Auszahlungen der Landeshauptstadt München für die Kindertagesbetreuung gegenüber (siehe Punkt Zuschüsse f. lfd. Zwecke an soziale o. ähnliche Einrichtungen; Seite 10).

Ein- und Auszahlungsarten		Plan	Ist 30.09.2015	%	Ist 30.09.2014
3	Sonstige Transfereinzahlungen	317.003.840	173.769.722	55%	223.494.110
	Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft	70.143.249	61.760.983	88%	51.231.517
	Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen	29.747.449	15.772.974	53%	12.387.967
	Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen	4.986.678	3.609.118	72%	4.068.766
	Erstattungen von Sozialleistungen vom Bund	109.124.956	57.528.160	53%	100.875.660
	Erstattungen von Sozialleistungen vom Land	54.261.315	9.903.921	18%	19.285.274
	Erstattungen von Sozialleistungen vom Bezirk	48.740.193	25.194.566	52%	35.644.926
	(derzeit nicht belegt)	0	0		0
	(derzeit nicht belegt)	0	0		0

Die **sonstigen Transfereinzahlungen** bewegen sich mit 55% deutlich unter dem Referenzwert von 75% und sind gegenüber dem Vorjahr um 49,7 Mio. Euro gesunken (2014: 223,5 Mio. Euro; 2015: 173,8 Mio. Euro).

Bei den Unterpositionen übersteigt lediglich die Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft mit 61,8 Mio. Euro bzw. 88% den Referenzwert deutlich. Hier wird im 1. Nachtragshaushalt eine Ansatzerhöhung von 8,3 Mio. Euro vorgeschlagen.

Die Ersätze von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen (53%) und in Einrichtungen (72%) sowie die Erstattungen von Sozialleistungen Land (18%) und Bezirk (52%) weisen unterdurchschnittliche Zahlungseingänge auf. Die Entwicklung der genannten Positionen entspricht jedoch dem Vorjahresverlauf.

Der geringe Zahlungseingang bei den Ersätzen von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen ist insbesondere den Erstattungen der Kosten für Unterkunft in Beherbergungsbetrieben geschuldet. Hier erfolgten bisher nur Einzahlungen in Höhe von 8,4 Mio. Euro bzw. 41,8% (Ansatz: 20,0 Mio. Euro). Dies entspricht aber den besonderen Abrechnungsverfahren.

Bei den Erstattungen vom Bund bewegen sich die Leistungen für die Grundsicherung unterdurchschnittlich bei 52,7% des Ansatzes (Ansatz: 108,5 Mio. Euro;

Ist: 57,2 Mio. Euro). Im Vergleichsmonat des Vorjahres waren zu diesem Zeitpunkt bereits 100,2 Mio. Euro eingegangen. Eine Ansatzreduzierung ist hier nicht vorgesehen.

Bei den Erstattungen von Sozialleistungen von Bund, Land und Bezirk gilt für die Kostenerstattung für Asylbewerber und Asylbewerberinnen auf Grund einer Gesetzesänderung ein neues Verfahren zur Feststellung des Kostenträgers. Die Entscheidung über die Kostenerstattung verzögert sich dadurch erheblich. Auf Grund der steigenden Flüchtlingszahlen wird im Nachtragshaushalt trotzdem eine Erhöhung von 30,3 Mio. Euro vorgeschlagen.

Ein- und Auszahlungsarten		Plan	Ist 30.09.2015	%	Ist 30.09.2014
4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	240.968.480	187.541.953	78%	181.167.448
	Verwaltungsgebühren	72.152.643	56.514.350	78%	55.111.087
	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte (derzeit nicht belegt)	168.815.837 0	131.027.603 0	78%	126.056.361 0
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	152.900.937	124.945.390	82%	117.766.038
	Privatrechtliche Entgelte (ab 2014 nicht mehr belegt)	0	-169.332		-12.466
	Einzahlungen aus Verkauf	19.299.567	15.135.436	78%	13.800.150
	Mieten und Pachten (Haupt- und Nebenerlöse)	85.002.299	76.372.562	90%	66.168.859
	Sonstige Verwaltungs- und Betriebseinzahlungen	48.599.071	33.606.724	69%	37.809.495

Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** bewegen sich mit 78% etwas über dem Referenzwert und liegen auch 6,4 Mio. Euro über dem Vergleichswert aus dem Vorjahr (2014: 181,2 Mio. Euro, 2015: 187,5 Mio. Euro).

Bei den Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten ist dies im Wesentlichen durch die Bestattungsgebühren und die Straßenreinigungsgebühren begründet, die beide bereits zu jeweils 81,4% den Planansatzes eingegangen sind. Dies entspricht aber dem Vorjahresverlauf. Eine Anpassung im Nachtragshaushalt ist daher nicht geplant.

Auch die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** bewegen sich mit 82% über dem Referenzwert. Im Vergleich zum Vorjahr ist hier eine Steigerung um 7,2 Mio. Euro zu verzeichnen. Hauptgrund hierfür sind die deutlichen Mehreinnahmen im Bereich der Mieten und Pachten (2014: 66,2 Mio. Euro; 2015: 76,4 Mio. Euro). Hier wird im 1. Nachtragshaushalt eine Ansatzerhöhung von 2,2 Mio. Euro vorgeschlagen.

Bei den sonstigen Verwaltungs- und Betriebseinzahlungen sind von den mit 8,2 Mio. Euro veranschlagten allgemeinen Ersätzen im Bereich der Gemeindestraßen bislang nur 71,8% bzw. 5,9 Mio. Euro eingegangen. Jedoch ist aus Sicht des Fachreferates dieser Ansatz zu niedrig. Daher wird im Nachtragshaushalt eine Ansatzerhöhung um 4,5 Mio. Euro vorgeschlagen.

Berücksichtigt man alle geplanten Ansatzkorrekturen liegt der Gesamtansatz für privatrechtliche Leistungsentgelte mit 78% nur noch leicht über dem Referenzwert von 75%.

Ein- und Auszahlungsarten		Plan	Ist 30.09.2015	%	Ist 30.09.2014
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	237.683.735	237.438.592	100%	166.525.240
	Kostenerstattungen	237.683.735	237.438.592	100%	166.525.240
7	Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	158.443.760	134.676.684	85%	128.878.398
	Allgemeine Zuweisungen aus besonderen Abrechnungsverfahren (derzeit nicht belegt)	1.583.605	1.380.842	87%	1.466.671
	Steuererstattungen aus Vorjahren	0	0		0
	Unaufklärbare Verwahrgelder	0	50.871		190.566
	Einzahlungen aus Wohnungsverwaltung	150.000	-26.590	-18%	446.930
	Konzessionsabgaben	16.804.399	0		0
	Weitere Finanzeinzahlungen	96.700.000	72.333.059	75%	72.528.428
		43.205.756	60.938.502	141%	54.245.803
8	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	202.515.394	248.884.223	123%	336.027.612
	Zinseinnahmen	26.554.663	36.062.354	136%	39.666.389
	Gewinnanteile v. wirtschaftl. Unternehmen u. a. Beteiligungen	175.960.731	212.821.869	121%	296.361.223

Die **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** sind bereits zum jetzigen Zeitpunkt zu 100% eingegangen. Sie liegen um 70,9 Mio. Euro über dem Vergleichswert aus dem Vorjahr.

Bei der (haushaltsneutralen) Konzernsteuerumlage der SWM GmbH wurde bereits zum jetzigen Zeitpunkt mehr als der Planansatz (Plan: 113,0 Mio. Euro) vereinnahmt (Ist: 163,2 Mio. Euro). Die Planüberschreitung ist in einer Nachzahlung für Vorjahre begründet (siehe korrespondierende Zeile 13). Im Nachtragshaushalt wird eine Ansatzerhöhung um 104 Mio. Euro vorgeschlagen.

Die Erstattungen des Bundes im Bereich „ARGE“ betragen derzeit lediglich 49,7% bzw. 15,8 Mio. Euro (Ansatz: 31,7 Mio. Euro), was jedoch der Vorjahresentwicklung entspricht. Es gibt Zeitverzögerungen bei der Abrechnung.

Mit 29,0% bzw. 12,8 Mio. Euro liegen die Erstattungen von Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden (insbesondere Gastschulbeiträge) deutlich unter dem Referenzwert. Hier ist kein linearer Zahlungseingang zu erwarten.

Von den mit 158,4 Mio. Euro veranschlagten **sonstigen Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** sind bereits 85% bzw. 134,7 Mio. Euro eingegangen. Das entspricht auch der Vorjahresentwicklung.

Hauptgrund sind hier die weiteren Finanzeinzahlungen, die mit einem Ist von 60,9 Mio. Euro (141% des Ansatzes) deutlich über dem Referenzwert und dem Planansatz liegen. Diese Entwicklung wird maßgebend von den sonstigen Zinsen (vor allem für Gewerbesteuerzahlungen für Vorjahre) geprägt. Bei Nachzahlungen für Vorjahre erhält die Landeshauptstadt München zusätzlich Nachzahlungszinsen, bei einer Rückzahlung muss die Stadt Zinsen für den zuviel gezahlten Betrag entrichten. Bei einem Planansatz von 21 Mio. Euro sind derzeit Einnahmen von insgesamt 46,0 Mio. Euro zu verzeichnen. Eine Plananpassung im Nachtrag ist derzeit nicht vorgesehen.

Bei den Einzahlungen aus Wohnungsverwaltung sind keine Zahlungseingänge verbucht. Die von den Wohnungsgesellschaften gebuchten Einzahlungen werden erst nach Ablauf des Jahres in das Rechnungswesen der Landeshauptstadt München

übernommen. Die Einzahlungen fließen unterjährig auf Konten, die im Namen der Landeshauptstadt geführt, aber von den Wohnbaugesellschaften bewirtschaftet werden (siehe Auszahlungen aus Wohnungsverwaltung, korrespondierende Zeile 13).

Die **Zinsen und sonstigen Finanzeinzahlungen** überschreiten bereits jetzt den gesamten Ansatz für das Jahr 2015.

Zum einen steht bei den Zinseinnahmen dem Zahlungseingang von 16,2 Mio. Euro der Messe München GmbH (Verzinsung der Gesellschafterdarlehen) kein Ansatz gegenüber. Gleiches ist der Fall beim Zahlungseingang der Flughafen München GmbH (5,8 Mio. Euro) im Bereich „Gewinnanteile von wirtschaftlichen Unternehmen“. Die Position ist aber hauptsächlich durch die Leistungsbeziehungen zur Stadtwerke München GmbH geprägt. Hier steht dem Ansatz von 175,8 Mio. Euro ein Zahlungseingang von 207,0 Mio. Euro gegenüber.

Eine Anpassung wird im Nachtragshaushalt vorgeschlagen.

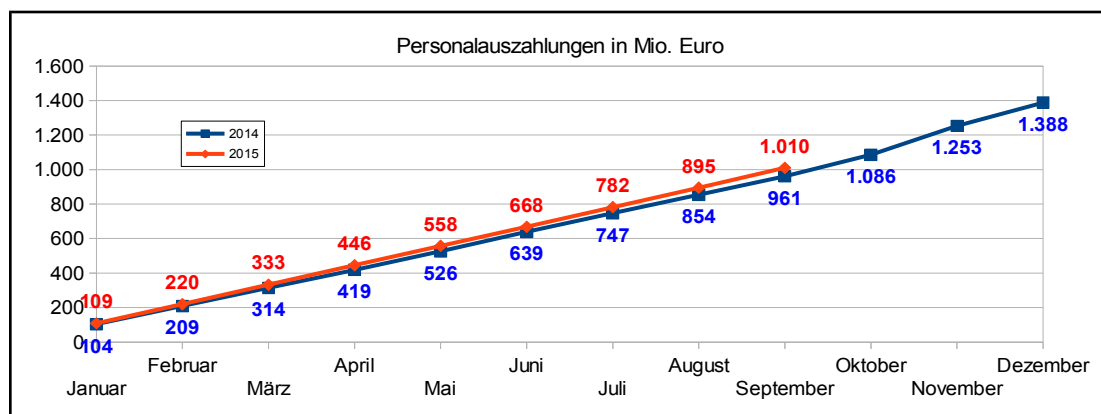
2.2 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit erreichen mit 3.871,6 Mio. Euro 74% des Planansatzes, sind aber im Vergleich zu 2014 um rund 475,2 Mio. Euro gestiegen. Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

Ein- und Auszahlungsarten		Plan	Ist 30.09.2015	%	Ist 30.09.2014
9	Personalauszahlungen	1.461.935.478	1.010.372.084	69%	961.368.138
	Dienstbezüge und dergl.	1.238.569.919	849.358.399	69%	808.072.195
	Beiträge zu Versorgungskassen	51.182.346	38.299.480	75%	35.855.166
	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung	138.576.629	101.725.469	73%	95.069.298
	Beihilfen, Unterstützungen und dergl. für aktive Beschäftigte	33.606.584	20.988.736	62%	22.371.479
	Personalausgaben SN-P	0	0		0
10	Versorgungsauszahlungen	325.005.000	230.336.010	71%	223.515.158
	Versorgungsbezüge	283.505.000	201.784.405	71%	197.122.892
	Beihilfen, Unterstützungen und dergl. für Versorgungsempfänger	41.500.000	28.551.605	69%	26.392.266
	Versorgungsbezüge SN-P	0	0		0

Die **Personal- und Versorgungsauszahlungen** liegen wie im vergangenen Jahr auch unter dem Referenzwert, sind allerdings gegenüber dem Vorjahr um 49,0 bzw. 6,8 Mio. Euro angestiegen. Es werden sich im weiteren Jahresverlauf allerdings höhere Beträge u. a. durch die Jahressonderzahlung ergeben.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich bei den Personalauszahlungen folgendes Bild:



Die Personalauszahlungen sind gegenüber dem Vorjahr um 49,0 Mio. Euro bzw. 5,1% gestiegen.

Ein- und Auszahlungsarten		Plan	Ist 30.09.2015	%	Ist 30.09.2014
11	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	833.684.188	567.879.587	68%	527.665.731
	Unterhalt der Grundstücke und baulichen Anlagen	186.998.485	111.846.603	60%	91.581.994
	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	46.327.265	41.563.617	90%	43.402.618
	Geräte, Ausstattung- und Ausrüstungsgegenstände	21.419.279	13.858.046	65%	10.676.329
	Mieten und Pachten	98.169.177	72.260.244	74%	66.096.764
	Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen usw.	154.940.210	112.776.376	73%	112.046.773
	Haltung von Fahrzeugen	9.170.859	6.684.538	73%	6.609.743
	Besondere Aufwendungen für Bedienstete	13.071.932	8.300.716	64%	7.405.948
	Weitere Verwaltungs- und Betriebsauszahlungen	303.586.981	200.589.447	66%	189.845.562

Die **Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen** liegen mit 68% unter dem Referenzwert, sind allerdings gegenüber dem Vorjahr um 40,2 Mio. Euro angestiegen.

Obwohl beim Unterhalt von Grundstücken und baulichen Anlagen nur 60% (111,8 Mio. Euro) der Mittel abgeflossen sind, ist diese Position im Vergleich zum Vorjahr um 20,3 Mio. Euro gestiegen. Der Ansatz für diese Position (187,0 Mio. Euro) wurde im Vergleich zu 2014 bereits deutlich erhöht (+96,1 Mio. Euro). Zum 1. Nachtragshaushalt wird nochmals eine Erhöhung um 25,3 Mio. Euro vorgeschlagen. Ein linearer Mittelabfluss ist beim Unterhalt von beweglichen und unbeweglichen Vermögen grundsätzlich nicht gegeben.

Im Bereich „Unterhalt des sonstigen unbeweglichen Vermögens“ wurden bereits 90% bzw. 41,6 Mio. Euro der geplanten Mittel verausgabt. Der Ansatz für die Reinigung und den Winterdienst (16,6 Mio. Euro) wurde bereits jetzt voll ausgeschöpft (17,0 Mio. Euro). Hier wird im Nachtragshaushalt eine Ansatzerhöhung um 2,0 Mio. Euro vorgeschlagen.

Berücksichtigt man alle vorgeschlagenen Ansatzkorrekturen bewegt sich der Unterhalt des sonstigen unbeweglichen Vermögens mit 76% nahe dem Referenzwert.

Lediglich 65% des Ansatzes erreichen die Auszahlungen für Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände. Gegenüber dem Vorjahr ist hier eine Steigerung um

3,2 Mio. Euro zu verzeichnen. Die Planunterschreitung ist darin begründet, dass insbesondere die Mittel für MIT-Konkret (Ansatz: 3,8 Mio. Euro) fast noch gar nicht abgerufen wurden.

Die Auszahlungen für „Mieten und Pachten“ (74%), die „Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen usw.“ (73%) und die „Haltung von Fahrzeugen“ (73%) befinden sich im Plan.

Der Gesamtansatz für die weiteren Verwaltungs- und Betriebsauszahlungen (303,6 Mio. Euro) wurde im Vergleich zu 2014 deutlich erhöht (+24,4 Mio. Euro). Diese Position ist im Wesentlichen durch die Unterposition „Leistungen für oder durch Dritte“ (insbesondere IT-Leistungen von it@M) geprägt. Der Mittelabfluss liegt mit 200,6 Mio. Euro bzw. 66% unter dem Vergleichswert, bewegt sich jedoch in etwa auf dem Vorjahresniveau.

Trotz des unter Plan liegenden Mittelabflusses wird bis zum Ende des Jahres noch mit erheblichen Auszahlungen gerechnet. Daher wird im Nachtragshaushalt eine Ansatzerhöhung von 41,4 Mio. Euro vorgeschlagen.

Ein- und Auszahlungsarten		Plan	Ist 30.09.2015	%	Ist 30.09.2014
12	Transferauszahlungen	2.291.427.550	1.708.263.577	75%	1.446.904.696
	Verwendung von Schenkungsmitteln	0	1.343.161		1.267.750
	Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung	250.415.887	180.375.681	72%	181.499.001
	Zuschüsse f. lfd. Zwecke an soziale o. ähnliche Einrichtungen	453.884.667	349.455.670	77%	262.145.321
	Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	244.167.353	189.987.092	78%	156.059.552
	Schuldendiensthilfen	4.089.000	0		0
	Leistungen d. Sozialhilfe a. natürliche Pers. außerhalb v. Einricht.	216.669.419	167.300.115	77%	159.233.458
	Leistungen d. Sozialhilfe a. natürliche Personen in Einrichtungen	18.371.645	10.205.008	56%	10.879.006
	Leistungen an Kriegssopfer und ähnliche Berechtigte	759.590	441.742	58%	537.740
	Leist. d. Jugendhilfe a. natürliche Pers. außerhalb v. Einrichtungen	73.895.443	64.139.647	87%	60.131.260
	Leistungen d. Jugendhilfe an natürliche Personen in Einrichtungen	168.469.623	180.614.839	107%	120.585.632
	Sonstige soziale Leistungen	54.035.867	42.983.977	80%	35.400.718
	Leistungen nach dem AsylbLG	60.069.056	28.283.033	47%	18.564.064
	Steuerbeteiligungen	301.000.000	158.126.633	53%	132.290.961
	(derzeit nicht belegt)	0	0		0
	Allgemeine Zuweisungen	445.600.000	335.006.979	75%	308.310.233

Die **Transferauszahlungen** erreichen mit 75% genau den linear zu erwartenden Referenzwert. Gegenüber dem Vorjahr sind die Auszahlungen um 261,4 Mio. Euro gestiegen.

Mit 72% etwas unter dem Referenzwert, aber auf Vorjahresniveau bewegt sich die Aufgabenbezogenen Leistungsbeteiligung (2014: 181,5 Mio. Euro, 2015: 180,4 Mio. Euro), also die Kosten für Unterkunft und Heizung für Hartz-IV-Empfänger

Die Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen liegen mit 349,5 Mio. Euro bzw. 77% (fast) exakt auf dem Referenzwert, gegenüber dem Vorjahr sind die Auszahlungen jedoch um 87,3 Mio. Euro gestiegen. Die im Vergleich zu 2014 höheren Zuschüsse in den Bereichen der Kindertagesbetreuung (Ansatz 2014: 249,2 Mio. Euro; 2015: 284,5 Mio. Euro) sind bereits zu 78% (223,1 Mio. Euro) abgeflossen. Hier wird eine Ansatzerhöhung von 42,0 Mio. Euro auf

326,4 Mio. Euro im Nachtragshaushalt vorgeschlagen.

Die Zuweisungen und sonstigen Zuschüsse für laufende Zwecke erreichen bereits 78% des Ansatzes. Hier wurde der mit rund 33,6 Mio. Euro dotierte Betriebszuschuss an die Kammerspiele bereits in voller Höhe ausbezahlt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sind die Zuweisungen um 33,9 Mio. Euro gestiegen (Krankenhausumlage und Zuweisungen an Krankenhäuser).

Die Leistungen der Jugendhilfe an natürliche Personen außerhalb von und in Einrichtungen übersteigen mit 87% bzw. 107% Oktober den Referenzwert. Eine Ansatzserhöhung von 88,8 Mio. Euro wird im Nachtragshaushalt vorgeschlagen.

Unter dem Referenzwert, aber auf Vorjahresniveau liegen die Leistungen der Sozialhilfe an natürliche Personen in Einrichtungen (56%). Hauptgrund ist der unterdurchschnittliche Mittelabfluss bei den Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme von Krankenhausbehandlungen (Ansatz: 14,5 Mio. Euro, Ist: 8,1 Mio. Euro).

Mit 47% bzw. 28,3 Mio. Euro liegen auch die Leistungen nach dem AsylbLG unter dem Referenzwert. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Auszahlungen jedoch um 9,7 Mio. Euro gestiegen.

Für die Steuerbeteiligungen (Gewerbesteuerumlage) wird ein Ist von 158,1 Mio. Euro (Ansatz: 301,0 Mio. Euro) ausgewiesen. Dies entspricht dem geltenden Abrechnungsverfahren und der Vorjahresentwicklung.

Die Allgemeinen Zuweisungen (Bezirksumlage) erreichen exakt 75% des Referenzwertes und sind im Vergleich zum Vorjahr 26,7 Mio. Euro höher.

Ein- und Auszahlungsarten		Plan	Ist 30.09.2015	%	Ist 30.09.2014
13	Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	316.204.913	294.256.785	93%	206.105.702
	Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit	5.586.066	4.935.403	88%	6.050.237
	Personal-Nebenauszahlungen	1.990.336	2.353.258	118%	1.724.916
	Maßnahmenabwicklung	5.559.752	428.840	8%	3.776.988
	Projekte	7.462.339	5.407.603	72%	4.991.099
	Schülerbeförderung	17.840.287	8.456.869	47%	9.717.064
	Steuern, Versicherungen, Schadensausfälle	130.037.783	155.364.753	119%	96.107.640
	Geschäftsauszahlungen	29.826.274	25.127.140	84%	23.282.322
	Weitere allgemeine sächliche Auszahlungen	3.556.787	3.528.638	99%	3.413.455
	Auszahlungen aus Wohnungsverwaltung	9.278.254	0		0
	Erstattungen von Auszahlungen aus lfd. Verw.tätigkeit	104.587.314	88.016.817	84%	55.137.983
	Weitere Finanzauszahlungen	100.921	411.675	408%	1.654.230
	Leibrentenzahlungen	378.800	225.789	60%	249.768
14	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	34.894.182	60.530.464	173%	30.830.225
	Verwaltungskostenerstattungen	2.774	0		0
	Zinsausgaben	34.877.003	60.483.804	173%	30.800.579
	Zinsaufwand aus Rückzahlung von Zuwendungen	14.405	46.660	324%	29.646
	Kreditbeschaffungskosten	0	0		0

Die **sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** liegen bei 93% des Referenzwertes und sind gegenüber dem Vorjahr um rund 88,2 Mio. Euro gestiegen.

Bei den Steuern, Versicherungen, Schadensfällen wurden bereits 119% des Ansatzes verausgabt. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine Ausgabensteigerung um 59,3 Mio. Euro. Hier wurden im Rahmen der steuerlichen Organschaft mit der SWM GmbH höhere Steuerzahlungen geleistet. (Plan: 113,0 Mio. Euro,

Ist: 142,9 Mio. Euro). Im Nachtragshaushalt wird eine Ansatzerhöhung von 57,0 Mio. Euro vorgeschlagen.

Der Vorgang ist haushaltsneutral, weil dadurch auch die entsprechende Erstattung der SWM GmbH höher ausfällt (siehe korrespondierende Zeile 6).

Demgegenüber erreichen die Auszahlungen für Maßnahmenabwicklung nur 8% des Referenzwertes (0,4 Mio. Euro), die Auszahlungen für Projekte 72% (5,4 Mio. Euro) und die Schülerbeförderung 47% (8,5 Mio. Euro) des Ansatzes. Hier ist jedoch kein linearer Mittelabfluss zu erwarten und der Verlauf entspricht im Grundsatz dem des Vorjahres.

Die weiteren allgemeinen sächlichen Auszahlungen überschreiten mit 99% (3,5 Mio. Euro) den Referenzwert von 75% deutlich, bewegen sich jedoch auf dem Vorjahresniveau. Hierbei handelt es sich um Mitgliedsbeiträge, die meist bereits am Jahresanfang fällig werden.

Bei den Auszahlungen aus Wohnungsverwaltung sind keine Zahlungsabgänge verbucht. Die von den Wohnungsgesellschaften gebuchten Auszahlungen werden erst nach Ablauf des Jahres in das Rechnungswesen der Landeshauptstadt München übernommen. Die Auszahlungen erfolgen unterjährig von Konten, die im Namen der Landeshauptstadt geführt, aber von den Wohnbaugesellschaften bewirtschaftet werden (siehe Einzahlungen aus Wohnungsverwaltung, korrespondierende Zeile 7).

Mit 84% bzw. 88,0 Mio. Euro überschreiten die Erstattungen von Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit den linear zu erwartenden Vergleichswert von 75% deutlich. Hauptgrund sind hier die Verwaltungskostenerstattungen an das Land im Zusammenhang mit der Abwicklung der Polizei (Plan: 31,0 Mio. Euro, Ist: 44,8 Mio. Euro). Eine für das Jahr 2014 fällige Rate wurde erst 2015 gezahlt. Hier wird im Nachtragshaushalt eine Ansatzerhöhung von 14,7 Mio. Euro vorgeschlagen. Der deutlichen Ansatzüberschreitung im Zusammenhang mit der Polizei stehen Verzögerungen bei der Abrechnung beim Jobcenter (Ansatz: 10,8 Mio. Euro) entgegen. Bisher sind hier lediglich 40% (4,3 Mio. Euro) der Mittel abgeflossen.

Die **Zinsen und sonstigen Finanzauszahlungen** übersteigen den bisherigen Haushaltsansatz bereits mit 73 Prozentpunkten bzw. 25,6 Mio. Euro. Ursache dafür ist der fehlende Haushaltsansatz für Zinszahlungen im Zusammenhang mit der SWM GmbH in Höhe von 31,8 Mio. Euro. Im Nachtragshaushalt wird eine Ansatzerhöhung von 52,0 Mio. vorgeschlagen (haushaltsneutral, da auch eine entsprechende höhere Erstattung erfolgt).

2.3 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Ein- und Auszahlungsarten		Plan	Ist 30.09.2015	%	Ist 30.09.2014
S1	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	5.637.625.000	4.413.258.657	78%	4.258.301.410
S2	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	5.263.151.400	3.871.638.507	74%	3.396.389.650
S3	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	374.473.600	541.620.150	145%	861.911.760

Mit den bislang erfolgten Ein- und Auszahlungen errechnet sich bei der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Überschuss von 541,6 Mio. Euro. Eine lineare Hochrechnung auf das Jahresergebnis ist, wie erläutert, nicht sinnvoll.

3. Investitions- und Finanzierungstätigkeit

3.1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Ein- und Auszahlungsarten		Plan	Ist 30.09.2015	%	Ist 30.09.2014
15	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	54.759.400	39.578.003	72%	44.062.553
	Zuweisungen u. Zuschüsse f. Investitionen u. Inv.-Maßnahmen	54.759.400	39.578.003	72%	44.062.553
16	Einzahlungen a. Invest.-beiträgen u. ähnl. Entgelten	26.360.000	18.057.093	69%	15.306.704
	Beiträge und ähnliche Entgelte	26.360.000	18.057.093	69%	15.306.704
17	Einzahlungen a. d. Veräußerung von Sachvermögen	296.802.600	122.133.403	41%	170.183.004
	Einzahlungen aus Verkauf von Sachen des Anlagevermögens	296.802.600	122.133.403	41%	170.183.004
18	Einzahlungen a. d. Veräußerung v. Finanzvermögen	238.779.000	167.432.846	70%	193.502.253
	Einz. aus der Veräußerung v. Beteilig. u. Rückfl. v. Kapitalanlagen	0	15.100		8.450
	Veräußerung von Finanzanlagen	238.779.000	167.417.746	70%	193.493.803
19	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	9.133.800	10.799.505	118%	6.969.706
	Rückflüsse von Darlehen	9.133.800	10.799.505	118%	6.969.706
	Rundungen				
S4	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 15 bis 19)	625.834.800	358.000.850	57%	430.024.220

Die **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** liegen mit 57% deutlich unter dem linear zu erwartenden Referenzwert von 75%. Die Summe der Einzahlungen ist im Vergleich zum Vorjahr um 72,0 Mio. Euro niedriger (2014: 430,0 Mio. Euro; 2015: 358,0 Mio. Euro).

Mit 39,6 Mio. Euro haben sich die **Einzahlungen aus Investitionszuwendungen** gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 4,5 Mio. Euro reduziert und liegen mit 72% (fast) im Plan. Bei den Investitionszuwendungen vom Land sind für die Projekte Mittlerer Ring Ost (Ansatz: 6,3 Mio. Euro) und für die Pauschale „Städtebauförderung“ (Ansatz: 6,0 Mio. Euro) bisher keine Einzahlungen erfolgt. Hier wird eine Ansatzstreichung (Mittlerer Ring Ost) bzw. -reduzierung (Pauschale „Städtebauförderung“) auf 4,4 Mio. Euro vorgeschlagen. Bei dem Projekt Mittlerer Ring Süd/West (Ansatz: 14 Mio. Euro) sind bisher erst 44,6% der veranschlagten 14,0 Mio. Euro eingegangen. Auch hier wird eine Ansatzreduzierung (-1,2 Mio. Euro) im Nachtragshaushalt vorgeschlagen.

Auf Grund diverser kleinerer Ansatzserhöhungen bei den Einzahlungen aus Investitionszuwendungen ergibt sich im Saldo trotz der genannten Reduzierungen eine Ansatzserhöhung um 5,5 Mio. Euro.

Die **Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten** liegen mit 18,1 Mio. Euro bzw. 69% etwas unter dem linear zu erwartenden Referenzwert. Gegenüber dem Vorjahr wurden in diesem Bereich 2,8 Mio. Euro mehr vereinnahmt. Die Planunterschreitung ist im Wesentlichen auf den Sonderposten SOBON und die Position Straßenausbaubeiträge zurückzuführen. Beim Sonderposten SOBON wurden erst 51,6% (9,3 Mio. Euro) des Ansatzes (18,0 Mio. Euro) vereinnahmt. Dies entspricht aber im Grundsatz dem Vorjahresverlauf. Dem Ansatz der Straßenausbaubeiträge (1,2 Mio. Euro) steht nur ein sehr geringer Zahlungseingang von 0,02 Mio. Euro (Ansatz: 1,2 Mio. Euro) gegenüber. Auf Grund der Abschaffung der Straßenausbau-

beitragssatzung zum 01.01.2015 wird hier im Nachtragshaushalt eine Ansatzreduzierung von 0,8 Mio. Euro vorgeschlagen.

Mit 41% bzw. 122,1 Mio. Euro liegen die **Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen** deutlich unter dem Referenzwert von 75%. Gegenüber dem Vergleichszeitraum aus dem Vorjahr sind sie um 48,0 Mio. Euro gesunken (2014: 170,2 Mio. Euro; 2015: 122,1 Mio. Euro). Hauptgrund ist, dass bei diversen Entwicklungsmaßen das Vorratsvermögen nicht in dem Umfang veräußert wurde, wie es eingeplant war (z. B. stehen der Entwicklungsmaßnahme Prinz-Eugen-Kaserne [Ansatz: 137,7 Mio. Euro] und dem Projekt Theresienhöhe [Ansatz: 14,0 Mio. Euro] keine Einzahlungen gegenüber). Im 1. Nachtragshaushalt schlägt die Stadtkämmerei daher eine Ansatzreduzierung im Saldo von 161,4 Mio. Euro vor.

Bei den **Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen** wird der Referenzwert derzeit um fünf Prozentpunkte unterschritten. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sind die Einzahlungen 26,1 Mio. Euro niedriger. Im Nachtragshaushalt wird eine Ansatzerhöhung um insgesamt 113,1 Mio. Euro vorgeschlagen. Hiervon entfallen 100,8 Mio. Euro auf die Beteiligungserlöse aus dem Verkauf von Flächen des Zweckverband Freiam an die Landeshauptstadt München. Weitere 12,3 Mio. Euro der Ansatzerhöhung entfallen auf die allgemeine Finanzwirtschaft – Veräußerung von Finanzanlagen (siehe auch korrespondierende Zeile 23).

Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit stellen größtenteils Förderungen von Wohnungsbau und Wohnsiedlungen dar. Die Zahlungseingänge liegen mit 10,8 Mio. Euro bzw. 118% bereits jetzt über dem Ansatz für das gesamte Jahr. Hier steht einem Ansatz von 2,2 Mio. Euro bei den Darlehensrückflüssen aus dem Bereich des Planungsreferates ein Ist von 5,0 Mio. Euro gegenüber. Eine Ansatzerhöhung von 3,7 Mio. Euro wird im Nachtragshaushalt vorgeschlagen.

3.2 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Ein- und Auszahlungsarten		Plan	Ist 30.09.2015	%	Ist 30.09.2014
20	Auszahlungen für den Erwerb von Grst. u. Gebäuden	57.599.800	33.244.876	58%	81.153.257
	Erwerb von Grundstücken	57.599.800	33.244.876	58%	81.153.257
21	Auszahlungen für Baumaßnahmen	409.670.500	297.921.857	73%	232.175.679
	Baumaßnahmen	409.670.500	297.921.857	73%	232.175.679
22	Auszahlungen f. d. Erwerb v. bewegl. Sachvermögen	87.175.000	56.905.915	65%	52.064.637
	Bewegliches Anlagevermögen	87.175.000	56.905.915	65%	52.064.637
23	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	353.857.000	319.938.133	90%	444.065.198
	Aufstockung v. Eigenkapital u. Erwerb v. Beteilig., Kap.Anlagen	101.723.000	107.414.864	106%	256.356.036
	Erwerb von Finanzanlagen	252.134.000	212.523.269	84%	187.709.162
24	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	116.194.600	48.554.708	42%	42.881.809
	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	116.194.600	48.554.708	42%	42.881.809
25	Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	70.437.000	55.238.663	78%	14.504.047
	Gewährung von Darlehen	70.437.000	55.238.663	78%	14.504.047
	Leibrentenzahlungen, siehe auch Position 13	0	0		0
	Bes. Anlagevermögen (Auszahlung an Treuhandvermögen MGS)	0	0		0
	Rundungen				
S5	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 20 bis 25)	1.094.933.900	811.804.152	74%	866.844.627

Die **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** liegen mit 811,8 Mio. Euro (74%) 55,0 Mio. Euro unter dem Vergleichswert aus dem Vorjahreszeitraum (2014: 866,8 Mio. Euro). Im Nachtragshaushalt wird eine Ansatzserhöhung um insgesamt 669,8 Mio. Euro auf 1.764,8 Mio. Euro vorgeschlagen.

Beim **Erwerb von Grundstücken und Gebäuden** sind bisher erst 58% (33,2 Mio. Euro) der Mittel abgeflossen (Ansatz: 57,6 Mio. Euro). Bei unterschiedlichen Entwicklungsmaßnahmen ist noch kein bzw. nur ein geringer Mittelabfluss erfolgt (z. B. Entwicklungsmaßnahme Luitpoldkaserne: Ansatz: 6,0 Mio. Euro, kein Mittelabfluss; Entwicklungsmaßnahme Prinz-Eugen-Kaserne: Ansatz: 5,5 Mio. Euro, Ist: 0,01 Mio. Euro). Sowohl für das Projekt Freiham (+140,0 Mio. Euro; siehe dazu auch Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen) als auch im Bereich des „Allgemeinen Grundvermögen“ (+222,4 Mio. Euro; Ankauf Grundstücke der SWM GmbH) werden im Nachtragshaushalt erheblich Ansatzserhöhung vorgeschlagen.

Die **Auszahlungen für Baumaßnahmen** liegen mit 297,9 Mio. Euro bzw. 73% nahe am Referenzwert. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Auszahlungen 65,7 Mio. Euro höher. Obwohl für die Pauschale für die Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen eine Ansatzserhöhung um 53,0 Mio. Euro vorgeschlagen wird, reduzieren sich die Auszahlungen für Baumaßnahmen im Entwurf des 1. Nachtragshaushalts auf Grund diverser Ansatzreduzierungen im Saldo um 7,5 Mio. Euro.

Die **Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Sachvermögen** erreichen mit 65% den Vergleichswert nicht. Mit 56,9 Mio. Euro bewegen diese sich aber im Bereich des Vergleichswertes aus dem Vorjahr (2014: 52,1 Mio. Euro). Hier erfolgte bei mehreren Positionen mit erheblichen Ansätzen noch kein oder ein geringer Mittelabfluss (z. B. MIT-Konkret, im Bereich der Feuerwehr und der Schulverwaltung). Im Gegensatz dazu überschreiten die Belegungsrechte im Bereich des Allgemeinen Grundvermögen – Wohnbauförderprogramme bereits jetzt mit 18,1 Mio. Euro den Ansatz

von 10,0 Mio. Euro deutlich. Hier wird im Nachtragshaushalt eine Ansatzserhöhung um 20,7 Mio. Euro vorgeschlagen.

Die **Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen** sind im Vergleich zum Vorjahr um 124,1 Mio. Euro niedriger.

Bei dieser Position kommt der Sondereffekt der Gewinnabführung der Stadtwerke München GmbH (SWM GmbH) zum Tragen. Dem Ansatz von 75,8 Mio. Euro („Aufstockung v. Eigenkapital u. Erwerb von Beteilig., Kap.Anlagen“) steht eine Auszahlung in Höhe von 107,0 Mio. Euro gegenüber (siehe korrespondierende Zeile 8). Im Vorjahr erfolgte zu diesem Zeitpunkt bereits eine Rückführung an die SWM GmbH in Höhe von 196,4 Mio. Euro. Im Nachtragshaushalt wird eine Ansatzserhöhung von 231,2 Mio. Euro vorgeschlagen (inkl. 200 Mio. Euro Kapitalerhöhung).

Für die Stammkapitalerhöhung der GEWOFAG GmbH sollen im Nachtragshaushalt 28,2 Mio. Euro eingeplant werden.

Mit 42% bzw. 48,6 Mio. Euro liegen die **Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen** deutlich unter dem linear zu erwartenden Referenzwert von 75%. Trotz diverser Reduzierungen wird im Nachtragshaushalt eine Erhöhung des Ansatzes im Saldo von 30,0 Mio. Euro vorgeschlagen. Zum Beispiel soll der Investitionszuschuss für den Münchener Tierpark Hellabrunn AG (+5,5 Mio. Euro), für die MGH – Gewerbehof Nord (+3,3 Mio. Euro) und das Deutsche Theater (+4,3 Mio. Euro) erhöht werden. Ebenso wird vorgeschlagen, den Ansatz für das München Modell (+12,2 Mio. Euro) und die Unterbringung von Flüchtlingen (+5,0 Mio. Euro) sowie die Pauschale „Sportförderung“ (+6,2 Mio. Euro) zu erhöhen.

Die **Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit** (Gewährung von Darlehen) unterliegen keinen Regelmäßigkeiten und bewegen sich mit 78% nahe dem Referenzwert. Im Nachtragshaushalt wird ein Ansatzserhöhung um 18,3 Mio. Euro vorgeschlagen. Diese setzt sich im Wesentlichen zusammen aus Darlehen für Wohnbauprogramme (insgesamt +11,9 Mio. Euro) sowie die Erhöhung des Treuhandvermögens für die MGS – Sanierungsmaßnahmen (+4,9 Mio. Euro).

3.3 Finanzierungstätigkeit und Finanzmittelbestand

Ein- und Auszahlungsarten		Plan	Ist 30.09.2015	%	Ist 30.09.2014
26a	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	60.000.000	0		0
	Einzahlungen aus Krediten und inneren Darlehen	60.000.000	0		0
26b	Einzahlungen aus mit d. Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0		0
S8	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 26a und 26b)	60.000.000	0		0
27a	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	60.033.400	50.247.279	84%	50.177.007
	Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen	60.033.400	50.247.279	84%	50.177.007
27b	Auszahl. f. mit d. Tilgung v. Krediten wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen, sowie innere Darlehen	0	0		0
S9	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 27a und 27b)	60.033.400	50.247.279	84%	50.177.007
S10	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Saldo S8 und S9)	-33.400	-50.247.279	150.441%	-50.177.007
S11	= Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag (= Saldo S7 und S10)	-94.658.900	37.569.569	-40%	374.914.346
	Einzahlungen fremder Finanzmittel/durchlfd.Posten (Verrechnungskonten)		-1.370.303		-91.342.763
	Auszahlungen fremder Finanzmittel/durchlfd.Posten (Verrechnungskonten)		5.601.504		3.133.209
	Saldo aus nicht haushaltswirksamen Vorgängen		-6.971.807		-94.475.972
28	voraussichtlicher Anfangsbestand an Finanzmitteln	1.065.546.818	1.065.546.818		597.907.189
S12	= voraussichtlicher Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres (= S11 und Zeile 28)	970.887.918	1.096.144.580	113%	878.345.563
29	voraussichtlicher Anfangsbestand sonstiger Liquiditätsreserven				
S13	= voraussichtlicher Endbestand an Liquiditätsreserven (= S12 und Zeile 29)	970.887.918	1.096.144.580		878.345.563
	Einzahlungen rechtlich selbständige Stiftungen		13.540.014		9.790.818
	Auszahlungen rechtlich selbständige Stiftungen		15.570.479		8.378.585
	Saldo rechtlich selbständige Stiftungen		-2.030.465		1.412.233
	noch nicht zugeordnete Beträge		-6.328.499		-6.055.228
	= voraussichtlicher Endbestand an Liquiditätsreserven inkl. Stiftungen		1.087.785.616		873.702.568

Der Haushaltsplan 2015 sieht keine Nettoneuverschuldung vor, sondern eine Bruttokreditaufnahme und Bruttotilgung von jeweils 60 Mio. Euro. Bisher wurde 2015 kein Kredit neu aufgenommen und rund 50 Mio. Euro getilgt (84% des Planansatzes).

Die Stadtkämmerei schlägt im Entwurf des 1. Nachtragshaushaltes vor, auf eine Bruttokreditaufnahme zu verzichten und die Tilgungsleistung von 60 Mio. Euro um 109 Mio. Euro auf insgesamt 169 Mio. Euro zu erhöhen.

Bei Berücksichtigung aller vorgeschlagenen Änderungen des Nachtragshaushaltes ergibt sich ein Finanzmittelfehlbetrag von 762,5 Mio. Euro. Der voraussichtliche Endbestand der Finanzmittel reduziert sich auf 303,0 Mio. Euro.

4. Übersicht Haushaltsausweitungen

Im Zeitraum 01.01. - 30.09.2015 wurden vom Stadtrat diverse Beschlüsse mit Mehrausgaben gefasst. Kumuliert ergeben sich folgende Auszahlungserhöhungen:

in €	2015	2016	2017	2018	2019	gesamt
dauerhaft ab 2015	14.718.641	14.718.641	14.718.641	14.718.641	14.718.641	
dauerhaft ab 2016		48.973.810	48.973.810	48.973.810	48.973.810	
dauerhaft ab 2017			4.131.991	4.131.991	4.131.991	
dauerhaft ab 2018				13.926.870	13.926.870	
dauerhaft ab 2019					0	
konsumtiv einmalig	54.638.793	79.478.976	52.011.704	33.012.146	14.809.311	
investiv	112.215.865	143.769.637	141.114.602	127.775.602	72.636.850	
Summe	181.573.299	286.941.064	260.950.748	242.539.060	169.197.473	1.141.201.644

Die Beschlüsse mit den größten Ausweitungen im konsumtiven Bereich waren die Software für wirtschaftliche Jugendhilfe und Soziale Arbeit (SoJA) (einmalig 2015 – 2017: insgesamt 7,1 Mio. Euro, dauerhaft ab 2015: 2,2 Mio. Euro), die Interkulturelle Pädagogik, sprachliche Bildung und frühe Chancen an Münchner Kindertageseinrichtungen (einmalig 2015: 3,0 Mio. Euro, dauerhaft ab 2015: 1,1 Mio. Euro), die Einführung und Weiterentwicklung eines Museumsmanagementsystems im Kulturreferat (einmalig 2015: 2,0 Mio. Euro, dauerhaft ab 2016: 1,9 Mio. Euro), die Integration von Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeitsmarkt (2015 – 2018: insgesamt 5,4 Mio. Euro), die Einrichtung eines Einarbeitungspools im Sozialreferat (einmalig 2015: 0,3 Mio. Euro, dauerhaft ab 2016: 1,5 Mio. Euro), die vorgezogenen Maßnahmen für die Bandbreitenerhöhung im Verwaltungsnetz an Münchner Schulen (einmalig 2015: 0,6 Mio. Euro, dauerhaft ab 2016: 1,2 Mio. Euro), die Maßnahmen zur Abfederung des aktuellen Personalmangels in Münchner Kindertageseinrichtungen (2015 – 2019: insgesamt 15,1 Mio. Euro), die Neustrukturierung des Aufgabenfeldes Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Stadtjugendamt (einmalig 2015 – 2016: 3,8 Mio. Euro, dauerhaft ab 2017: 2,4 Mio. Euro), die Personalausstattung der SGB XII-Sachbearbeitung in den Sozialbürgerhäusern (einmalig 2015 - 2016: 0,5 Mio. Euro, dauerhaft ab 2016: 1,7 Mio. Euro), die Anpassung der Personalausstattung an die gestiegenen Flüchtlingszahlen im Amt für Wohnen und Migration (einmalig 2015: 1,9 Mio. Euro, dauerhaft ab 2016: 1,7 Mio. Euro), der Personalbedarf im Bürgerbüro (einmalig 2015 – 2016: insgesamt 3,6 Mio. Euro, dauerhaft ab 2015: 3,3 Mio. Euro), die Budgetausweitung für den Bauunterhalt der vom Kommunalreferat verwalteten Objekte des „Besonderen Grundvermögens Wohnen und Gewerbe“ (2015 – 2018: insgesamt 8,6 Mio. Euro), „In Wohnungen kommen – in Wohnungen bleiben, Zuschüsse an Freie Träger“ (dauerhaft ab 2016: 7,6 Mio. Euro), die Weiterentwicklung der Münchner Förderformel (einmalig 2016 und 2017: insgesamt: 25,0 Mio. Euro, dauerhaft ab 2018: 12,8 Mio. Euro), die Angebote der Jugend-

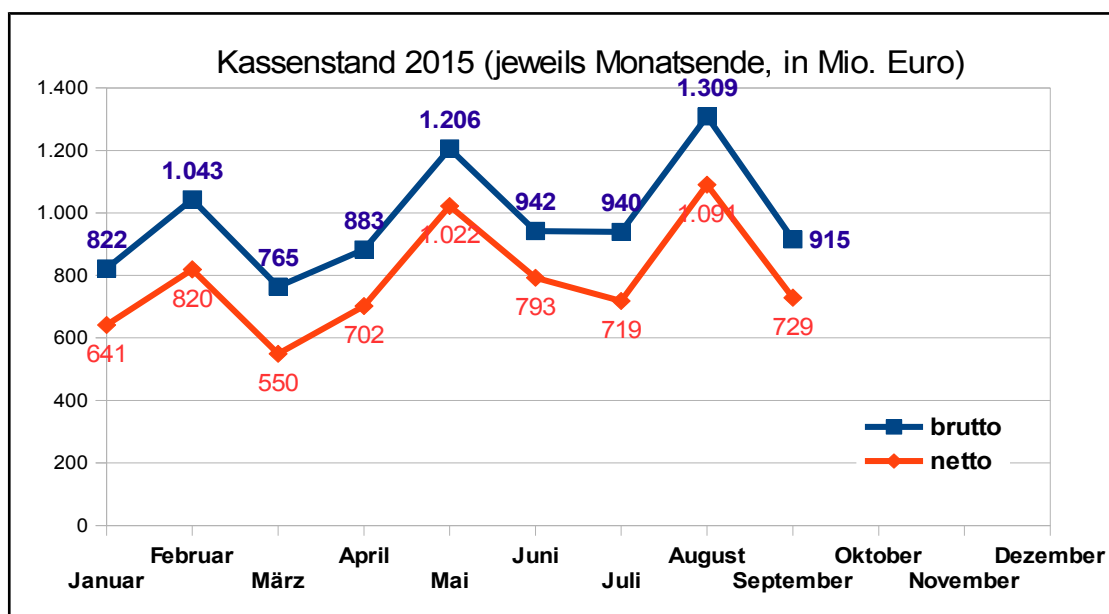
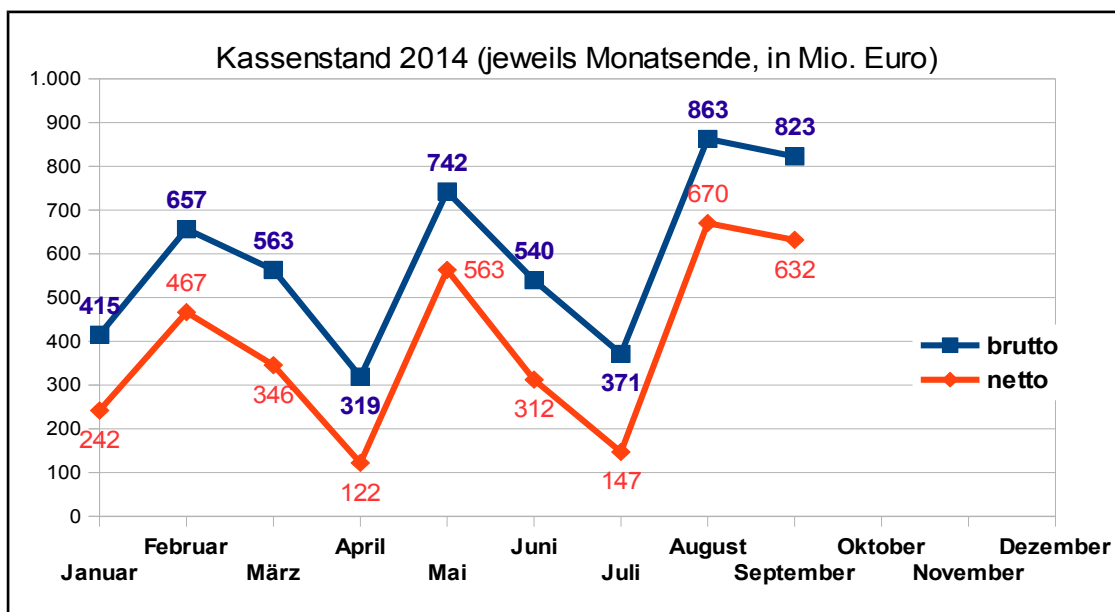
sozialarbeit in die Regelförderung übernehmen (dauerhaft ab 2016: 4,9 Mio. Euro) und die Beschlussvorlage mit Regionalhäusern die Versorgungssituation für Kinder im Grundschulalter nach Unterrichtsende verbessern (einmalig 2015 – 2018: insgesamt 0,2 Mio. Euro, dauerhaft ab 2015 2,5 Mio. Euro)

Die größten Beschlüsse mit Ausweitungen im konsumtiven und investiven Bereich waren das Flächenbedarfskonzept für das RGU (einmalig 2015: 1,2 Mio. Euro, dauerhaft ab 2016: 1,8 Mio. Euro, investiv einmalig 2015: 1,8 Mio. Euro), das Programm zur Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen (einmalig 2015: 0,8 Mio. Euro, dauerhaft ab 2016: 1,2 Mio. Euro, investiv 2015 – 2019: insgesamt 443,5 Mio. Euro), die Generalsanierung Gasteig (konsumtiv 2015 – 2019: insgesamt 25,4 Mio. Euro, investiv 2015 – 2019: insgesamt 8,0 Mio. Euro) und die Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung, Sicherung der Fortführung der Sanierungstätigkeit, Ausstattung des Treuhandvermögens, Rückübertragung von Immobilien an die Stadt (einmalig 2015 und 2016: insgesamt 5,0 Mio. Euro, investiv 2015 und 2016: insgesamt 14,6 Mio. Euro).

Die Beschlüsse mit den größten Ausweitungen im investiven Bereich sind die Errichtung einer Pavillonanlage an der Grundschule in der Konrad-Celtis-Str. (2015 – 2017: insgesamt 15,2 Mio. Euro), die Städtische Wohnungsfürsorge, Maßnahmen zur Deckung des Bedarfs der Wohnungsfürsorge für städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2015 – 2019: insgesamt 16,7 Mio. Euro), die Feuerwache 1 (2015 – 2019: insgesamt 10,2 Mio. Euro) und der Neubau der Feuerwache 5 (2015 – 2019: insgesamt 47,4 Mio. Euro).

5. Entwicklung des Kassenstandes und der Finanzreserven

5.1 Übersicht Kassenstand



Netto ohne Fremdmittel (z. B. Eigenbetriebe, Treuhandvermögen)

Der Kassenstand hat im Vergleich zum Vorjahr (brutto +92 Mio. Euro und netto +97 Mio. Euro) zugenommen.

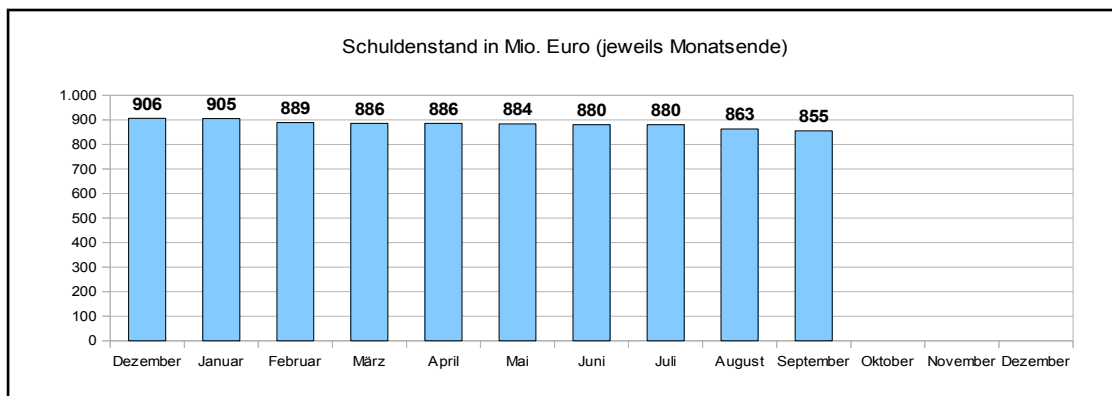
5.2 Übersicht Finanzreserven

gesetzliche/quasi-gesetzliche Finanzreserven	Bestand 01.01.2015 (Buchwert)	Bestand 30.09.2015 (Buchwert)
in Tsd. €		
Gesetzliche Versorgungsrücklage	81.534	91.840
Olympia Ruderregatta-Anlage (LZM)	3.771	3.689
Stellplatzablässe nach BayBO	97.463	86.906
Entwicklungsmaßnahme Nordhaide	38.203	38.754
Entwicklungsmaßnahmen Ackermannbogen	101.420	101.535
Maßnahmenträgerschaft München-Riem	30.032	48.521
Funkkaserne	63.036	116.115
Entwicklungsmaßnahme Freiham	-1.254	-2.693
Zwischensumme	414.205	484.667
freiwillige Finanzreserven		
Beamtenversorgung*	413.892	419.277
Altersteilzeit	29.593	30.178
Rücklage SWM Innenstadtbüro	9.133	9.298
SoBon	49.540	51.847
Tilgungs- und Investitionsreserve	336.877	336.877
Zwischensumme	839.035	847.477
Gesamtsumme	1.253.240	1.332.144

* Im Bestand ist ein Anteil von 54,9 Mio. € an Immobilienvermögen aus den Ankäufen der GBW-Wohnungen im Dezember 2013 enthalten (Aktivtausch).

Die Finanzreserven verzeichnen gegenüber dem Jahresanfang einen leichten Anstieg (+78,9 Mio. Euro).

6. Entwicklung des Schuldenstandes



Im Jahr 2014 konnte der Schuldenstand des Hoheitshaushaltes durch Tilgungsleistungen auf 905,7 Mio. Euro verringert werden. Bis 30.09.2015 wurden weitere 50,2 Mio. Euro getilgt, sodass der Schuldenstand 855,5 Mio. Euro beträgt.

Eine fristgerechte Vorlage nach Nr. 2.7.2 der AGAM war nicht möglich, weil eine größtmögliche Aktualität der Daten gewährleistet werden soll.

Der Korreferent der Stadtkämmerei, Herr Stadtrat Michael Kuffer, und der Verwaltungsbeirat für die Hauptabteilung I, Herr Stadtrat Horst Lischka, haben einen Abdruck der Bekanntgabe erhalten.

II. Bekanntgegeben

Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober/Bürgermeister/-in

Dr. Ernst Wolowicz
Stadtkämmerer

- III. Abdruck von I. mit III.
über den Stenografischen Sitzungsdienst
an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei - RL
an die Stadtkämmerei - HA I/2
an die Stadtkämmerei - HA II
an die Stadtkämmerei – KaStA 1.2
z. K.

- IV. WV Stadtkämmerei HA I/2

Stadtkämmerei

<...>

- I. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

z. K.

Am

Im Auftrag